Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 389. Mittag-Ausgabe. Siebenundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Mittwoch, den 22. August 1866.

Preußen.

Berlin, 21. August. [Amtliches.] Die angeordnete Versetzung des Rechtsanwalts und Notars Justizraths Westram zu Nimptsch an das Kreisgericht zu Ohlau ist auf seinen Antrag aufgehoben und derselbe in seiner bisherigen Eigenschaft in Nimptsch belassen.

Berlin, 20. August. [Se. Majestät der König] empfingen heute den Grafen zu Rothkirch und Trach, der die Orden seines Vaters zu übergeben die Ehre hatte, worauf der Geheime Cabinets-Rath von Mühler Sr. Majestät Vortrag hielt. Um 2 Uhr begaben Se. Majestät Allerhöchstsich nach dem Lazareth in der Scharnhorststraße, dann nach der Central-Turnanstalt in derselben Straße, wo ebenfalls ein Lazareth etablirt ist, und endlich nach der zu demselben Zweck eingerichteten Ulanen-Kaserne in Moabit. Um 4½ Uhr kehrten Se. Majestät nach dem Palais zurück und folgte der Vortrag des Minister-Präsidenten. (St.-A.)

O. K. C. [Die Budget-Commission.] Heute Vormittag 11 Uhr trat die Budget-Commission zum erstenmale zusammen, um die Vorlage der Regierung, betreffend die Ertheilung der Indemnität und die Gewährung eines Credites von 154 Millionen Thalern für das Jahr 1866 zu berathen. Die Staatsregierung wurde bei dieser Discussion durch den Finanzminister v. d. Heydt und den Geh. Ober-Finanzrath Moelle vertreten. Die allgemeine Debatte wurde durch den Referenten der Commission, Abg. Twesten, eröffnet, dessen Antrag dahin ging der Regierung mit Rücksicht auf ihr Einlenken in die verfassungsmäßige Bahn und auf ihre auswärtige Politik beides, die Indemnität und den Credit, zu bewilligen, jedoch unter der Bedingung, daß das Staatshaushaltsgesetz in Zukunft vor Beginn des neuen Etatsjahres festgestellt werden müsse. Mit Ertheilung der Indemnität würden die kriminal- und civilrechtlichen Folgen der budgetlosen Verwaltung, die auch bei fehlendem Minister-Verantwortlichkeits-Gesetz eintreten konnten und für deren nähere Bezeichnung der Herr Berichterstatter auf die Verhandlungen über die Revision der preußischen Verfassung und auf das englische Verfahren bei Indemnitäts-Ertheilungen zurückging, für immer beseitigt sein. Die damit verknüpfte Bedingung, daß das Staatshaltsgesetz vor Eintritt des neuen Etatsjahres vereinbart sein müsse, schließt die Auffassung aus, als genüge die Veranschlagung des Budgets vor diesem Termin. In diesem Sinne amendirte der Abg. Twesten die Vorlage der Regierung dahin:

Art. 1. Die dem gegenwärtigen Gesetz als Anlagen beigefügten Uebersichten der Staats-Einnahmen und Ausgaben sollen für die Jahre 1862, 1863, 1864 und 1865 statt des verfassungsmäßen und alljährlich vor dem Beginn des Etatsjahres zu vereinbarenden Staatshaushalts-Gesetzes als Grundlagen für die Rechnungslegung und die Entlastung der Staatsregierung dienen.

Art. 2. Der Staatsregierung wird in Bezug auf die seit dem Beginn des Jahres 1862 ohne gesetzlich festgestellten Staatshaushalts-Etat geführte Verwaltung, vorbehaltlich der Beschlußfassung des Landtages über die Entlastung der Staatsregierung nach Vorlegung der Jahresrechnungen, Indemnität ertheilt, dergestalt, daß es rücksichtlich der Verantwortlichkeit der Staatsregierung so gehalten werden soll, wie wenn die Verwaltung in der erwähnten Zeit auf Grund gesetzlich festgestellter und rechtzeitig publicirter Staatshaushalts-Etats geführt worden wäre.

Der Finanzminister v. d. Heydt erklärte sich mit dem amendirten Passus einverstanden.

Dagegen wurde von mehreren Mitgliedern der Commission gegen den Hauptantrag des Berichterstatters Widerspruch erhoben, so von den Abgeordneten Virchow, v. Hoverbeck und Harkort. Es wurde ausgeführt, daß die Budgetfrage unvermischt mit der auswärtigen Politik als eine selbstständige zu behandeln und die Indemnität nicht früher zu ertheilen sei, als bis durch das Zustandekommen eines Staatshaushaltsgesetzes für das Jahr 1867 die Rückkehr zum verfassungsmäßigen Zustande zur vollendeten Thatsache geworden sei. Die Bewilligung des Credits von 154 Millionen für das laufende Jahr, fand bei einzelnen Vertretern dieser Anschauung geringeren Widerstand, da in dem Nachsuchen desselben ein Zugeständniß an diese Anschauung gefunden werden konnte. Aber der Finanzminister verwahrte sich mit Entschiedenheit gegen die Trennung der Indemnitäts- von der Creditgewährung und erklärte, daß er auf die letztere gänzlich verzichte, wenn die erstere beanstandet oder verweigert werde. Die Abgeordneten v. Hoverbeck und Bassenge brachten besondere Anträge ein, von denen der des Abg. v. Hoverbeck folgendermaßen lautet:

„Die Commission wolle dem Hause vorschlagen, unter zeitweiliger Verweigerung der Indemnität nachfolgende Resolution zu fassen:

Es bleibt der Staatsregierung überlassen, die geforderte Indemnität nachzusuchen, sobald der verfassungsmäßige Zustand durch die Feststellung und Publication des Staatshaushaltsgesetzes pro 1867 eingetreten ist."

Um 1½ Uhr wurde nach sehr lebhafter Discussion die Sitzung bis heute Abend 6 Uhr vertagt.

O. K. C. [Die vereinigten Commissionen für Finanzen und Handel] haben heute in Gegenwart des Ministerial-Directors Philippsborn und der Geh. Räthe Henning und Kieschke als Vertreter der Regierung den Handelsvertrag mit Italien und den Schifffahrtsvertrag mit England einstimmig genehmigt. Mit dieser Genehmigung ist fast einstimmig die Annahme einer Resolution erfolgt, welche die inzwischen geschehene Publikation der beiden Verträge als nicht correct und verfassungsmäßig bezeichnet, jedoch gleichzeitig entschuldigt, da der Vertrag mit England beispielsweise vier Wochen nach seinem Abschluß in Kraft treten sollte. Der Bericht an das Haus wird Donnerstag (übermorgen) vor Beginn der Plenarsitzung festgestellt werden.

[Die Justiz-Commission] hat heute eine Anzahl unerheblicher Petitionen abgethan, in Betreff deren sie den Uebergang zur Tagesordnung vorschlägt. Die Geschäftsordnungs-Commission erklärte sich heute mit allen Stimmen gegen zwei dahin, daß das Mandat des Abg. v. Patow durch Uebernahme seines Commissoriums in Frankfurt a. M. nicht erlösche. Der Vertreter der Regierung, Wirkl. Legationsrath v. Keudell, bemerkte ausdrücklich, daß Herr v. Patow kein Gehalt in seiner interimistischen Stellung beziehen, sondern nur eine Entschädigung für seinen Mehrbedarf während der Dauer derselben erhalten werde. Berichterstatter in dieser Angelegenheit wird der Abg. v. Rönne sein. — Auch der (gestern bereits mitgetheilte) Antrag des Abg. Heise, betr. die Wahl der Commissionen durch den Präsidenten statt durch die Abtheilungen, wurde heute von der Geschäftsordnungs-Commission aufgenommen.

[Austritt aus der Fortschrittspartei.] Dem Vernehmen nach ist der Austritt des Abg. v. Unruh aus der Fortschrittspartei mehrere Tage vor demselben Schritt der Abgg. Twesten, Röpell, Michaelis und Krieger erfolgt und dem Vorstande ohne Angabe der Gründe mitgetheilt worden. Es darf bei dieser Gelegenheit an eine Bestimmung der Geschäftsordnung der Fraction erinnert werden, welche jedem Mitgliede derselben gestattet zu stimmen, wie er will, eventuell auch gegen den Mehrheitsbeschluß der Fraction, nur ist er in solchem Falle verpflichtet, es vorher anzuzeigen oder nachher zu motiviren.

[Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses] findet Donnerstag 10 Uhr statt. Tagesordnung: Die Adresse an Se. Majestät den König.

[Die Commission des Herrenhauses] zur Vorberathung des Gesetzentwurfes, betr. die Uebernahme der Regierung von Hannover, Kurhessen, Nassau und der freien Stadt Frankfurt besteht aus 15 Mitgliedern und hat zum Vorsitzenden Herrn v. Frankenberg-Ludwigsdorf, zu dessen Stellvertreter Herrn Uhden, zum Schriftführer Hrn. v. Reibnitz, zu dessen Stellvertreter Hrn. v. Brünneck-Jacobau gewählt.

[In der polnischen Fraction] ist zu Passus II. des Adreß-Entwurfs der Commission gestern folgendes Amendement beschlossen worden:

„Dieses von Ew. Majestät begonnene Werk der Neugestaltung Deutschlands auf nationaler Grundlage, womit Preußen seine natürliche Macht- und Kultur-Sphäre beschritten, und die Thatsache, daß Preußen selbst die Nationalitäten als berechtigtes Staatsprincip anerkannt, mithin sich auch der Lösung der polnischen Frage früher oder später nicht wird entziehen können, berechtigt auch Ew. königl. Majestät polnische Unterthanen zu der Erwartung der vollen Anerkennung der den Polen gewährleisteten und unverjährbaren Rechte." — Die Antragsteller sind die Abgg. Kantak und v. Lubienski.

[Ehrenbezeugung.] Der „St.-Anz." schreibt: Unter den mannigfachen Ehren und Auszeichnungen, welche Se. Majestät der König als Ausdruck Allerhöchster Zufriedenheit und Anerkennung den verdienten Führern oder einzelnen Truppentheilen der Armee erwiesen, konnte bisher Eine nicht erwähnt werden, weil sie sich der Beobachtung entzog. Es sind die Worte, mit welchen Se. Majestät der König bei der Heerschau am 2 August zwischen Austerlitz und Wischau bei Brünn, über die 9. Division (Generalmajor von Loewenfeld) und die Cavallerie-Division des V. Armee-Corps (Generalmajor v. Hartmann), Allerhöchstsein Grenadier-Regiment (2. Westpreußisches) Nr. 7, vor dem Oberbefehlshaber der II. Armee, Allerhöchstseinem Durchlauchtigsten Sohne dem Kronprinzen und dem commandirenden General des V. Armee-Corps, General der Infanterie v. Steinmetz, vorüberführte. Es wurde diese Ehre für Se. kgl. Hoh. den Kronprinzen und den kürzlich erst mit dem Schwarzen Adlerorden begnadigten General v. Steinmetz durch die Worte Sr. Maj. des Königs, mit welchen Allerhöchstderselbe an der Spitze des Königs-Grenadier-Regiments vorüberritt, doppelt geweiht:

„Der König seinen commandirenden Generalen!"

Da diese Worte nur denen hörbar waren, an welche sie gerichtet wurden, so erklärt sich daraus, daß dieselben erst jetzt bekannt werden. Sie dürfen aber auch der Armee nicht vorenthalten bleiben, welche darin einen neuen Beweis für die Zufriedenheit und Anerkennung finden wird, mit welcher Se. Majestät der König ihren Leistungen im letzten Feldzuge gefolgt ist.

[Ueber den Empfang der Herrenhaus-Deputation] schreibt die „Kreuzztg." noch: Se. Maj. der König empfing vorgestern Mittag 1½ Uhr den Vorstand und die Mitglieder der Deputation des Herrenhauses zur Ueberreichung der Adresse desselben. Der Präsident Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode überreichte die Adresse mit einigen Worten, in denen er den Wunsch des Hauses ausdrückte, Sr. Maj. die Gefühle des Dankes auszusprechen für all die großen Erfolge, und bat um die Erlaubniß, die Adresse verlesen zu dürfen, was Se. Maj. jedoch ablehnten, mit der Bemerkung, daß er sie soeben gelesen. — Aeußerem Vernehmen nach knüpfte Se. Maj. hieran die Frage, ob einer der Herren wohl noch vor fünf Wochen es für möglich geglaubt habe, solche Erfolge in so kurzer Zeit zu erreichen. Er seinerseits habe es nicht geglaubt. Jeder habe dabei seine Pflicht gethan; der Dank für das Große, was erreicht worden, gebühre aber Gott dem Herrn, und in Demuth möchten sich Alle des göttlichen Segens erfreuen. Er beauftrage die Deputation, dem Herrenhause seinen Dank für die treue Haltung auszusprechen, mit der es ihn bei den vorbereitenden Einrichtungen unterstützt habe, gegenüber dem Andrängen von anderer Seite zu abweichenden Schritten. Er sei ja geborner Fürstensohn, dies schon würde begreifen lassen, wie schwer es ihm geworden, jetzt Fürsten aus ihrem Besitze zu setzen. Er habe einen schweren Kampf darüber mit sich selbst gekämpft und nur die gewonnene Ueberzeugung, daß es unumgänglich nothwendig sei für das Beste des Vaterlandes, habe ihn dazu vermocht. Auch dies möge die Deputation dem Hause sagen.

= **Berlin**, 21. Aug. [Eine Antwort des Königs.] Vor Kurzem haben die Vertreter der Communalbehörden der „Kur- und Hauptstadt Brandenburg" Sr. Majestät dem Könige eine Beglückwünschungs-Adresse zu den glänzenden Siegen und Erfolgen des Heeres überreicht. Darauf ist, wie jetzt bekannt wird, folgende Antwort ergangen:

„Ich freue Mich, daß Sie gekommen sind, Mir Ihre Theilnahme auszusprechen. Die Adresse enthält volle Wahrheit. Sie haben Recht, Großes ist geleistet worden und Ich danke Gott, daß, da Ich auf diese Stelle gestellt worden bin, Ich diese großen Erfolge habe mit vollbringen helfen. Ich habe Mich persönlich überzeugt, wie unendliche Drangsale und Leiden ein Krieg über ein Land und Volk bringen kann, und Ich bin voll Dank gegen Gott, daß Meinem Volke diese Bedrängnisse erspart worden sind. Dies verdankt es aber auch der ausgezeichnet tapferen, und, wie Sie in der Adresse mit Recht sagen, unübertrefflichen Armee. Ich habe in einzelnen Fällen Thaten wahren Heldenmuthes von ihr gesehen, welche die Geschichte verzeichnen wird. Ich vertraue, daß diese Thaten zum Segen Preußens und Deutschlands ausschlagen werden. Vieles bleibt noch zu thun übrig. Nachdem die Waffen so gesegnet gewesen sind, wird dieser Segen auch der Feder nicht fehlen. Die Grenzen Preußens werden sich erweitern. Die Adresse sagt richtig, daß Preußens Könige niemals das Vertrauen zu ihrem Volke verlieren können. Ich kann von Mir sagen, daß Ich niemals dieses Vertrauen verloren habe, wiewohl man versucht hat, Mir das Volk zu entfremden durch den Kampf gegen eine Einrichtung, die uns zu den glänzenden Erfolgen verholfen hat. Die Abgeordneten — auch Ihre Abgeordneten — haben Mir in den letzten vier Jahren das Leben sehr schwer gemacht. Doch das ist ja vergeben, wenngleich Ich es nie vergessen kann. Diese trübe Erfahrung werde Ich auf Meinen Sohn vererben. Doch, wie gesagt, Meine Herren, wenden wir den Blick von der Vergangenheit auf die Gegenwart und Zukunft und vertrauen wir. Ich danke Ihnen nochmals für die patriotische, durchaus wahrgehaltene Adresse."

[Zur Adresse.] Wie verlautet, werden die Conservativen und Altliberalen, ein Theil des linken Centrums sowie der Fortschritts-Fraction voraussichtlich gegen den Passus des Adreß-Entwurfes der Commission über die Reichsverfassung stimmen, — größtentheils aus Gründen der Opportunität und politischen Zweckmäßigkeit.

[Die Friedensverhandlungen.] Die „Bohemia" ist in der Lage, über den Stand der Verhandlungen Folgendes zu melden: Die Redaction des Friedensinstrumentes, d. h. die Formulirung der einzelnen Paragraphen ist bis zu dem in den nikolsburger Friedenspräliminarien vorgezeichneten Art. 5 gediehen, obschon einzelne Fragen wie z. B. in Art. 1, betreffend den unveränderten Territorialbestand der österreichischen Monarchie „mit Ausnahme des lombardisch-venetianischen Königreiches"; Art. 3 bezüglich der Abstimmung in den Elbherzogthümern, offen gelassen werden mußten. Namentlich gilt dies bezüglich des Art. 1 wegen der ungemessenen Forderungen des florentiner Cabinets, welche, gestellt von einem zu Land und zur See geschlagenen Gegner auch seitens der königl. preuß. Regierung als unberechtigt erkannt wurden. Was Art. 4, die Zahlung der Kriegskostenentschädigung an Preußen, betrifft, können wir auf's Bestimmteste versichern, daß dieser Artikel bereits über das Niveau von Unterhandlungen hinaus gediehen ist, da Baron Werther einerseits keine weiteren Forderungen als jene in den Friedenspräliminarien enthaltenen gestellt hat, andererseits aber sich billig der Nothwendigkeit nicht verschließt, das Ende der Occupation eines, von einer Epidemie heimgesuchten Theiles der Monarchie, welche den königl. preußischen Truppen möglicherweise in hohem Grade gefährlich werden kann, möglichst schnell herbeizuführen, während Frhr. v. Brenner von seiner Regierung ermächtigt zu sein erklärt hat, der königl. preuß. Regierung die Zahlung der vollen Kriegskostenentschädigung (mit 20 Mill. Thalern) sofort nach erfolgter Ratification des Friedensinstrumentes zuzusichern, wonach eine verlängerte Occupation wegen Gewinnung von Garantien von selbst entfällt.

Deutschland.

Frankfurt, 19. August. [Die Ankunft des Hrn. v. Patow] läßt uns nun die Entscheidung über die uns zunächst berührenden Fragen in naher Zeit erwarten. Ueber die Persönlichkeit unseres neuen Verwaltungschefs, der ja Jedermann aus seiner politischen und amtlichen Vergangenheit genugsam bekannt ist, lauten die Urtheile in allen Parteien befriedigend, und gleichviel, mag man sich nun schwer oder leicht in die unserer Stadt zugewiesenen Geschicke finden, wir dürfen erwarten, daß das Militärregiment nunmehr zu Ende geht. Hr. v. Patow würde auch schwerlich eine Administration übernommen haben, die, wenn sie auch formell dem militärischen Gouvernement coordinirt sein mag, diesem doch stets das letzte und entscheidende Wort lassen müßte. Mit Rücksicht hierauf hofft man hier in normale Bahnen einzutreten. Daß wir jetzt noch mit der Contribution geplagt werden könnten, will vollends Niemandem einleuchten. Wenn man sich darin nur nicht verrechnet. Die directe Beitreibung der Contribution wird zwar, wie Berichte aus Berlin sagen, fallen gelassen werden. Da es jedoch im Werke ist, die von Preußen annectirten Länder an der Staatsschuld der Gesammtmonarchie theilnehmen zu lassen, so heißt es, würde Frankfurt bei dem Mißverhältniß zwischen seiner Einwohnerzahl und seiner pecuniären Leistungsfähigkeit zu gut wegkommen, wenn es nicht zu einem Präcipuum herangezogen würde. Man erwägt natürlich allerlei Eventualitäten und discutirt dabei manche Combination, an die möglicherweise in Berlin an den entscheidenden Stellen Niemand gedacht hat. (B. u. H.-Z.)

⊙ **Dresden**, 21. August. [Rückkehr preußischer Truppen. — Beust und seine Creaturen. — Verletzung des Briefgeheimnisses.] Die wackern Kämpfer von Gitschin und Königgrätz, die braven Alexandriner rückten gestern mit klingendem Spiel, mit decorirten Gewehren und Helmen bei uns ein. Die Truppen erschienen in Haltung und Kleidung so proper, als kämen sie, statt vom Kriegsschauplatze, aus ihren Quartieren, um auf den Paradeplatz zu gehen. Aber nirgends wehte ihnen ein freudiges „Willkommen" entgegen, nirgends ein Zeichen von Begeisterung für die vollbrachten großen Thaten, nirgends der Ausdruck einer Sympathie. Der Andrang des Publikums war wohl sehr groß, aber noch größer die Furcht, sich durch irgend welche Aeußerung zu compromittiren. — Zwar Beust ist ja glücklich beseitigt, aber alle seine Creaturen sind noch in Amt und Würden und auch der Knechtssinn ist noch hinreichend vorhanden, um jedes Gefühl für ein selbstständiges Handeln im Keime zu unterdrücken. Zudem hält man in hiesigen Kreisen die Entlassung Beust's für eine leere Form, die man dem berliner Cabinet zum Opfer brachte, überzeugt, daß Beust — wahrscheinlich als Minister ohne Portefeuille oder mindestens als königlicher Rathgeber — nach wie vor die Seele der Regierung bleiben werde. Nur diesem niederdrückenden Bewußtsein ist es zuzuschreiben, daß die heimkehrenden Krieger mit stummer Resignation empfangen werden während jeder Transport gefangener Oesterreicher sich der stürmendsten Ovation erfreute. Und nun bedenke man noch das wachsame Auge der Polizei, das nirgends fehlt, wo es gilt, den Ausdruck einer preußischen Sympathie zu verhindern. Gehen doch diese Leute von Haus zu Haus, klagend über die furchtbare Arbeit, die ihnen von Tag zu Tag aus ganzen Stößen Denunciationsbriefen erwächst, die seiner Zeit alle ihre gewissenhafteste Erledigung finden würden. Ja, noch mehr! Jüngst wurde der Wirth des literarischen Museums vorgefordert und ihm befohlen, die „Berliner Börsen-Zeitung" nicht mehr auszulegen. Auf den Einwand, daß seine Abonnenten das Abonnement selbst bestimmten und er nicht eigenmächtig diese oder jene Zeitung abbestellen dürfe, wurde ihm von der Polizei eröffnet: er sei notirt und werde, sobald die Preußen fort wären, seiner Strafe nicht entgehen. Das sind alles Folgen des milden Regiments, womit die preußische Verwaltung gegen die geheime, aber starke, Neben-Regierung nutz- und erfolglos anzukämpfen suchte. Ueber die künftige Stellung Sachsens zum norddeutschen Bunde macht man sich die rosigsten Aussichten. Es ist zum Beispiel die Ansicht ganz allgemein verbreitet, daß das sächsische Heer mit allen seinen Einrichtungen als ein geschlossenes Ganze dem Lande erhalten werde, und nur der Kronprinz als oberster Befehlshaber, sowie die Offiziere hätten dem Könige von Preußen als neuem Bundesoberhaupte den Eid der Treue zu leisten. An die Möglichkeit, daß preußisches Militär dauernd in hiesige Garnisonen kommen könnte, glaubt Niemand, d. h. Niemand von den Dresdnern. Eisenbahn-, Post- und Telegraphen-Verkehr soll nach Aussage preußischer Beamten in den nächsten Tagen den Händen des früheren Besitzers zurückerstattet werden, und zu diesem Zwecke beschäftigt man sich jetzt mit dem Abschluß der Rechnungen während der Occupationszeit. Wir würden, falls alle die Dinge so kämen, wie man hier glaubt, selbst nicht einmal viel davon verspüren, daß uns das Mißgeschick nur zu Preußen zweiter Klasse machen will. — Heut verläßt uns unsere bisherige Landwehr-Garnison, das 24. und 31. Infanterie-Regiment. — Eine Schwadron schwarzer Husaren ist vorgestern nach Pirna verlegt worden, man glaubt, zur Ueberwachung der dortigen Polizei, die sogar das Briefgeheimniß nicht mehr zu schonen scheint. Der dortige Abgeordnete Adv. Schreck hatte (wie bereits gemeldet) Ende voriger Woche mehrere Abgeordnete der 2. Kammer zu einer vertraulichen Besprechung brieflich eingeladen. In dem betreffenden Einladungsschreiben, was von Pirna per Post befördert wurde, hieß es u. A.: „Die Regierung hat uns auf schmähliche Weise hintergangen! und dennoch agitirt man in Dresden und den Beamtenkreisen schon jetzt aufs lebhafteste wiederum für die Rückkehr desjenigen Ministers, von welchem seit dem Jahre 1850 dem sächsischen Volke so unsägliche Verluste an Recht, Ehre und Gütern zugefügt sind." Diese Briefe wurden wie gesagt, von Schreck zur Post befördert, und doch hat die Polizei sich in den Besitz eines solchen Schreibens gebracht, den Autor vorgefordert und den Criminalprozeß gegen ihn anhängig gemacht. Vielleicht wird sie durch die schwarzen Husaren etwas kleinmüthiger gemacht.

Dresden, 19. Aug. [Die Entlassung des Herrn v. Beust.] Seit dem Tage, wo Kriegszustand und Standrecht proclamirt wurden, hat hier keine solche Aufregung und Bestürzung geherrscht, als heute nach dem Erscheinen des Extrablattes des „Dresdener Journals", nach welchem der König von Sachsen die von dem Staatsminister v. Beust erbetene Entlassung bewilligt hat. Die Stimmung ist hier derartig, als wenn mit dem Sturze dieses Mannes tausende von Existenzen zerknickt wären. Ich übertreibe nicht, wenn ich ihnen sage, daß selbst die Kolporteure der Extrablätter zitternd auf die Wichtigkeit der durch sie heute veröffentlichten Nachricht hinweisen. Wenn man allerdings bedenkt, welche Rolle Hr. v. Beust seit beinahe 20 Jahren gespielt hat, wie in ihm das kleinstaatliche Diplomatenthum sich zu den möglichsten Actionen zusammenraffte, wie die Wünsche und Hoffnungen des reinsten partikularistischen Strebens in ihm den rührigsten Repräsentanten gefunden haben, so wird es allerdings begreiflich, daß den Dresdenern zu Muthe ist, als wenn die Seele aus dem Staatskörper gewichen wäre. Daran, daß ein System die Person überdauern kann, denkt Niemand. So

identisch gilt hier die Person Beust und die Idee, die er sein Leben lang vertreten hat. Als die Nachricht von Königgrätz hierher gelangt, wurde die Aufregung Tage lang hindurch durch den Zweifel an der Wahrheit gemildert, und als das Factum sich nicht mehr wegleugnen ließ, hielt die Hoffnung auf glücklichere Schlachten die Gemüther aufrecht. Aber die Niederlage, die heute das „Dresdener Journal" meldet, ist trost- und hoffnungslos. (N. Z.)

Karlsruhe, 17. August. [Der Anschluß an Preußen] ist nun heute auch hier von einer größeren Anzahl Bürger, meist ernste gereifte Männer, zum politischen Beschluß erhoben worden und zwar mit Bezug auf die frühere Adresse der hiesigen Einwohnerschaft vom Juli. Der Bundestagsgesandte und die Felddivision sind bereits zurückberufen (zwei der damals ausgesprochenen Wünsche), jetzt will man wenigstens durch unermüdetes Andringen das Seine thun, um den deutschen Zusammenhang aufrecht zu erhalten. Der gefaßte Beschluß verlangt auch von der Volkspartei des Abgeordnetenhauses als unabwendbare Consequenz ihrer Stellung Unterstützung des süddeutschen Verlangens. Ein Passus gegen die französischen Ansprüche war einzelnen Rednern zu stark, andern zu schwach; doch Niemand war darüber im Zweifel, daß es in Deutschland auch an der meist bedrohten Südwestgrenze keine Parteien gebe, wenn der Ehre des Volks mit einer absolut unberechtigten Gebietsforderung zu nahe getreten wird. Die Beschlüsse werden dem Landesherrn unterbreitet werden. (N. Z.)

Darmstadt, 19. August. [Für den norddeutschen Bund.] Heute war hier eine größere Anzahl von Mitgliedern der Ortsvorstände der bedeutenderen Städte und Ortschaften des Landes, namentlich aus Darmstadt, Mainz, Bingen, Worms, Alzey, Offenbach, Michelstadt, Butzbach, Bensheim, Castel, Dudenhofen, Heidesheim, Groß-Umstadt, Ober- und Nieder-Ingelheim, Guntersblum, Nierstein, Wallertheim und Sprendlingen versammelt, welche einstimmig bei der gegenwärtigen politischen Lage sich für verpflichtet erklärten, „mit aller Entschiedenheit, unter Anschluß an die Erklärung der 30 hessischen Abgeordneten vom 8. August d. J. auszusprechen: 1) daß sie nur in der Aufnahme in den zu bildenden norddeutschen Bund unsere Interessen sowohl in politischer, als volkswirthschaftl. Beziehung gewahrt sehen und jede andere politische Gestaltung für verwerflich halten; 2) daß, wenn diese Aufnahme nicht sofort erzielt werden kann, das Fernhalten von jedem süddeutschen Sonderbunde geboten erscheint, um nicht durch denselben die Zweitheilung Deutschlands zur Thatsache zu machen und um die Möglichkeit zur späteren Vereinigung mit dem Norden offen zu halten; 3) nur ein geeinigtes Deutschland wird zugleich Gewähr geben für Unabhängigkeit und Stärke nach außen. Mit Leichtigkeit wird es schon den Versuch des Auslandes abweisen, sich in die Ordnung der inneren Angelegenheiten Deutschlands einzumischen, und wird jede Abtretung deutschen Bodens an Fremde hindern; 4) zur Durchführung dieser Politik ist ein Wechsel des jetzigen hessischen Ministeriums unabweisbar nöthig; denn nach der ganzen Vergangenheit dieses Ministeriums und seiner seitherigen Wirksamkeit ist nicht zu erwarten, daß dasselbe aufrichtig und ernstlich in die für geboten erachteten Bahnen einlenken und das gute Einvernehmen dauernd schaffen kann, welches nicht allein beim Friedensschlusse, sondern auch bei der künftigen Stellung des Großherzogthums das Interesse des Landes erfolgreich zu wahren vermag." — Diese Erklärung wird auch den übrigen Collegen zur Beitrittserklärung zugehen.

Hannover, 19. August. [Die Einverleibung. — Die Pression auf den König.] Die offizielle Versicherung, daß der Uebergang Hannovers zu Preußen in durchaus schonender Form erfolgen soll, hat hier viel zur Beruhigung über die Einverleibung unseres Landes beigetragen. Beamte und insbesondere Offiziere würden sich einer plötzlichen Annexion gegenüber in der peinlichsten Lage befinden, ihr Huldigungs-, ihr Fahneneid zwingt sie zur Treue gegen König Georg, andererseits ist die pecuniäre Stellung der meisten derselben so, daß sie zum Fortdienen genöthigt sind, auch unter ganz geänderten Verhältnissen. Man glaubt deshalb, daß Preußen alle Mittel anwenden wird, um den König Georg zu veranlassen, die Staatsdiener und Offiziere des ihm geleisteten Eides zu entbinden, wozu er freilich keine Neigung bisher gezeigt haben soll, und sieht in der Vorenthaltung der Einnahme der Kronkasse, in der Beanstandung der Zins- und Capitalzahlung von den nach England geschafften Obligationen schon den Beginn einer derartigen Pression. König Georg giebt übrigens seine Hoffnung, die Selbstständigkeit des Landes und der Dynastie zu erhalten, noch nicht auf. Cultusminister v. Hardenberg, der in außerordentlicher Mission von Wien nach Berlin gesandt war, soll dort dem Grafen Bismarck die Geneigtheit des Königs erklärt haben zu Gunsten des Kronprinzen, der in das Bündniß mit Preußen eintreten wolle, zu abdiciren; die Antwort soll aber gewesen sein, daß dieses Anerbieten jetzt zu spät komme. (H. B. H.)

Hamburg, 21. Aug. [Das Oberpräsidium von Schleswig-Holstein.] Der „Altonaer Merkur" meldet Folgendes: Einem vielfach verbreiteten und aus guter Quelle stammenden Gerüchte zufolge geht der Oberpräsident Baron v. Scheel-Plessen in nächster Zeit als preußischer Gesandter nach Kopenhagen. Der Präsident v. Zedlitz, heißt es ferner, würde alsdann zum Oberpräsidenten der Herzogthümer Schleswig und Holstein ernannt werden.

Kiel, 18. Aug. [Der sogenannte Huldigungseid.] Dem „H. C." wird von hier geschrieben: „Wie hier verlautet, ist der Herzog Friedrich von Augustenburg in den letzten Tagen vom ehemaligen Regierungsrath Lesser namens vieler Beamten in den Herzogthümern aufgefordert worden, sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen ihres seiner Zeit geleisteten Huldigungseides zu entbinden, ein Entschluß desselben in dieser Angelegenheit ist aber zur Zeit noch nicht bekannt."

Italien.

Florenz, 16. Aug. [Schreiben des Kaisers Napoleon. — Zur römischen Frage.] Man ergeht sich in Vermuthungen über den Inhalt des Briefes des Kaisers Napoleon an den König Victor Emanuel, der vor einigen Tagen durch einen außerordentlichen Courier der hiesigen französischen Gesandtschaft überbracht worden. Baron Malaret begab sich unverzüglich nach Padua, um dieses wichtige Actenstück dem Könige zu überreichen. Man hört übereinstimmend, daß dieser Brief eine besondere Wichtigkeit habe und auch an die Oeffentlichkeit gelangen werde. Derselbe bezieht sich wahrscheinlich nicht nur auf den bevorstehenden Friedensschluß und die dadurch eröffnete neue Phase in der Entwickelung Italiens, sondern auch auf die römische Frage. Daß Frankreich dieser Frage in jüngster Zeit wieder seine Aufmerksamkeit zugewandt hat, ist gewiß. Wenn gerüchtsweise verlautet, der Papst habe dem Kaiser bereits förmlich das Vicariat im Kirchenstaate angetragen, so bedarf das noch der Bestätigung. Aber die frühere Starrheit des Non possumus ist verschwunden, und die Curie scheint jetzt keinen Anstand mehr zu nehmen, einer Vermittelung auf den in der Thouvenel'schen Note von 1861 entwickelten Grundlagen beizutreten. Italien wird freilich mehr verlangen, aber eine Annäherung ist jetzt wenigstens „im Prinzip" möglich geworden. Es scheint, daß der Kaiser auf eine Combination hinwirkt, welche nach seiner Ansicht die definitive Lösung der römischen Frage sein soll; seinem Plane aber steht Ricasoli im Wege, der an seinen oft genug ausgesprochenen italienischen Principien festhält.

Frankreich.

Paris, 19. August. [Tagesbefehl.] Der Marschall Regnault de Saint Jean d'Angely, Ober-Commandant im Lager von Chalons, hat am 17. folgenden Tagesbefehl erlassen:

Im Augenblicke, wo die Truppen der kaiserlichen Garde die Anwesenheit des Kaisers mit heißen Wünschen ersehnten und sie sich ein Fest daraus machten, den Kaiser in ihrer Mitte zu sehen, habe ich den tiefen Kummer, ihnen anzukündigen, daß dringliche Nothwendigkeiten sich der Erfüllung ihrer Wünsche widersetzen. Ein Brief des Kaisers, den ich so eben empfangen habe, enthält rührende Worte, die für die, an welche sie gerichtet sind, eine Milderung ihrer lebhaft gefühlten Enttäuschung sein werden. „Mein lieber Marschall", schreibt mir Se. Maj., „ich hatte es als einen Festtag betrachtet, mich dieses Jahr wieder inmitten meiner Garde zu befinden und selbst die Solidität und den Patriotismus dieses Elitencorps beurtheilen zu können. Unglücklicherweise kann ich mich nicht nach dem Lager von Chalons begeben. Drücken Sie den Truppen, die sich unter Ihrem Oberbefehle befinden, mein Bedauern aus: obgleich abwesend, bin ich in Gedanken immer unter ihnen, und ich schicke Ihnen die Liste der Belohnungen, welche Sie an dieselben in meinem Namen vertheilen wollen." Den Befehlen des Kaisers gemäß, werde ich übermorgen (Sonntag) nach dem Gottesdienste die Ehren-Revue über die im Lager versammelten Truppen abhalten, und bei dieser Gelegenheit im Namen Sr. Majestät den Offizieren und Soldaten, deren Namen sich auf der Liste befinden, die Orden und Medaillen überreichen, die Sie ihnen zu bewilligen geruht haben.

Der Marschall Regnault de Saint Jean d'Angely.

Das Lager bei Chalons wird morgen aufgehoben. Die Artillerie und die Cavallerie verlassen zuerst das Lager. Der Abmarsch der Infanterie beginnt am 25. oder 26.

[Die Kaiserin Charlotte] hatte gestern eine lange Berathung mit dem Staatsminister Rouher, der vom Kaiser zu diesem Zwecke besonderen Auftrag erhalten. Man will der Kaiserin wohl und wünscht ihr das Beste, doch noch viel für sie zu thun, gestatten die diesseitigen Verhältnisse nicht, seit sich Mexico als incurabel erwiesen hat.

[Nach Candia] sind nach Berichten aus Konstantinopel vom 16. von dort 2 Dampf-Fregatten mit Truppen abgegangen. Die Pforte sendet auch Truppen nach der Herzegowina; ein Transportschiff bringt 2 Bataillone Infanterie nach Antivari. Omer Pascha soll den Oberbefehl über die Truppen erhalten, welche man bei Monastir zusammenzieht. Diese Vorsichtsmaßregeln werden ergriffen wegen der großen Aufregung in den nördlichen Provinzen der Türkei.

** **Breslau**, 22. Aug. [Feuer.] Heute Nacht gegen halb 3 Uhr war in dem Hause Ohlauerstraße 42 (unweit der Thorwache) Feuer entstanden, und der obere Theil des Gebäudes wurde rasch von den Flammen ergriffen. Wie man aus der erfolgreichen Bekämpfung des verheerenden Elements ersah, war die Feuerwehr zeitig genug erschienen, um den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Der Dachstuhl des Hauses ist abgebrannt, im Uebrigen aber wurde das Haus nebst den angrenzenden Baulichkeiten erhalten. Um 3 Uhr war die Gefahr beseitigt.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 21. Aug. 10 U. Ab.	330,59	+ 13,3	O. 1.	Wolkig.
22 Aug. 6 U. Mrg.	330,92	11,6	O. 1.	Wolkig.

Breslau. 22 Aug. [Wasserstand.] O.-P. 14 F. 5 Z. U.-P. 1 F. — Z.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 22. August. Die Budgetcommission berieth in der Abendsitzung über das Indemnitätsgesetz. Zu § 1 wurde das Amendement Twesten mit 18 gegen 15, und der so amentirte Paragraph mit 21 gegen 10 Stimmen angenommen. Zu § 3 (Creditbewilligung) wurde das Amendement Virchow's: Die Erwartung auszusprechen, daß die Rechnungslegung über die Verwendung der 154 Millionen im Laufe des Jahres 1867 erfolge, mit 20 gegen 13 Stimmen und der § 2 mit Allen gegen eine Stimme (Kleinsorge) angenommen. (Wolff's T. B.)

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 21. August, Nachmittags 3 Uhr. Die Börse war ziemlich fest, das Geschäft jedoch nicht belebt. Die 3% Rente eröffnete in günstiger Haltung zu 69, 05 und hob sich auf Notiz. Consols von Mittags 1 Uhr waren 88⅞ gemeldet. Schluß-Course: 3proc. Rente 69, 12½. Italien. 5proc. Rente 53, 05. 3proc. Spanier —. 1proc. Spanier —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 350, 00. Credit-Mob.-Aktien 647, 50. Lombard. Eisenbahn-Aktien 390, 00. Oesterreich. Anleihe von 1865 pr. cpt. 301, 00.

Frankfurt a. M., 21. Aug., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Fest, Amerikaner ziemlich lebhaft. Schluß-Course: Wiener Wechsel 92½. Finnl. Anleihe —. Neue 4½% Finnl. Pfandbriefe —. 6% Verein. St.-Anl. pro 1882 72½. Oesterr. Bankantheile 653. Oesterr. Credit-Actien 130. Darmst. Bank-Actien 206 B. Oesterr.-Franz.-Staats-Eisenbahn-Actien —. Oesterr. Elisabetbahn —. Böhmische Westbahn —. Rhein-Nahebahn —. Ludwigshafen-Bexbach 145¼ B. Hessische Ludwigsbahn —. Darmst. Zettelbank —. 1854er Loose —. 1860er Loose 58⅞. 1864er Loose 61¾ B. Oesterr. National-Anleihe 48½. 5% Metalliques 43½. 4½% Metalliques 37⅞. —

Wien, 21. Aug. [Anfangs-Course.] 5proc. Metall. 58, 50. 1854er Loose — —. Bankaktien 713, —. Nordbahn 195, 50. National-Anleihe 64, —. Credit-Aktien 142, 20. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 177, 80. Galizier —, —. London 128, —. Hamburg 94, 50. Paris 50, 60. Böhm. Westbahn 145. —. Credit-Loose 112, —. 1860er Loose 74, 30. Lombard. Eisenbahn 196, —. 1864er Loose 65, 80. Silber-Anleihe 72. Matt.

(Ueber Brüssel gekommen.)

Wien, 20. Aug. [Abend-Börse.] Credit-Actien 142, 60. Nordbahn 156, 50. 1860er Loose 74, 50. 1864er Loose 65, 80. Oesterr.-Franz. Staatsbahn 177, 80. Galizier —. Sehr wenig Geschäft bei matter Haltung.

Newyork, 17. August, Abends. Wechsel auf London 159½. Goldagio 50½. Bonds 110½. Baumwolle 34½.

Hamburg, 21. August, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Fest, aber unbelebt. Schluß-Course: National-Anleihe 49½. Oesterr. Credit-Actien 55¾. Oesterr. 1860er Loose 58. Mexicaner —. Vereinsbank —. Nordd. Bank 117. Rheinische 119. Nordbahn 70. Finnländische Anleihe —. 1864er Russ. Prämien-Anleihe 77½. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 76. 6pCt. Verein.-Staaten-Anleihe pr. 1882 66⅝. Disconto 3¼ pCt.

Hamburg, 21. August. [Getreidemarkt] ruhig, matt. Weizen pr. Septbr.-Oct. 5400 Pfd. netto 119 Bancothaler Br., 117½ Gld., pr. Oct.-Nov. 118 Br., 117½ Gld. Roggen pr. August-Septbr. 5000 Pfd. Brutto 74 Br., 73 Gld., pr. Septbr.-Oktbr 74½ Br., 74 Gld. Oel stille, pr. Aug. 26, pr. Oct. 26⅜—26¼. Kaffee verkauft 1000 Sack Santos à 5½ bis 7¼, Laguayra à 8—8¾, 2000 Sack Domingo schwimmend. — Wetter veränderlich.

Liverpool, 21. August, Mittags. Baumwolle: 8000—10,000 Ballen Umsatz. Fest. Middling amerikanische 14, middling Orleans 14½, fair Dhollerah 10, middling fair Dhollerah 9, good middling Dhollerah 8½, New Bengal 7¾, New Dhollerah 10½, Pernam 17.

Berlin, 20. August. [Viehmarkt.] An Schlachtvieh waren heute auf hiesigen Markt zum Verkauf angetrieben:

1375 Stück Hornvieh. Das Verkaufsgeschäft verlief heute im Allgemeinen sehr gedrückt, da Exportgeschäfte nicht gemacht wurden, auch anderweit der Begehr für den Platz und die Umgegend sich nur schwach zeigte; für beste Waare wurde höchstens 16—17 Thlr., für zweite Qualität 12—13 Thlr. und dritte 8—9 Thlr. pr. 100 Pfd. Fleischgewicht gewährt.

2582 Stück Schweine. Großer Bedarf stellte sich nicht besonders für die Waare heraus und auch nach Hamburg wurde nichts verhandelt, und obgleich die Zufuhr gegen vorwöchentlich schwächer an den Markt gekommen war, so konnten nur die letzten Notirungen erreicht werden, so daß beste feinste Kernwaare mit höchstens 16—17 Thlr. und ordinäre mit 12—13 Thlr. pr. 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt wurde.

20,335 Stück Schafvieh. Der Markt hatte nicht die vorwöchentliche Lebhaftigkeit, da nach den eingegangenen ungünstigen Berichten aus London und Hamburg für diese Plätze keine Exportgeschäfte unternommen wurden, auch die Käufer aus Sachsen am Markte fehlten; magere Hammel fanden nur sehr gedrückte Preise, und kann man annehmen, daß gegen den letzten Markt der Kopf heute circa 15 Sgr. geringeren Werth hatte, 50 Pfd. Fleischgewicht von der schwersten Kernwaare galten 8 Thlr. und 40 Pfd. circa 6 Thlr.

637 Stück Kälber ließen sich zu angemessenen Preisen verkaufen.

Berlin, 21. August. Dieselben Verhältnisse, durch die wir die Festigkeit der Börse seither motiviren konnten, bestehen auch heute noch fort, sie übten jedoch nicht mehr ihre volle Wirkung. Die Coursbewegung in den schweren Eisenbahnactien, von der wir gestern zu berichten hatten, schien heute eine Gegenbewegung hervorzurufen. Bei der geringeren Kauflust, die sich wahrnehmen ließ, mußte die Tendenz dieser Effectengattung sich nothwendig einigermaßen herabstimmen. Jedenfalls waren Inhaber heute entgegenkommender, und der Coursstand nicht erheblich, aber doch für verschiedene Devisen matter. Namentlich trat in Berg.-Märk. stärkeres Angebot auf, während Köln-Mindener ihren gestrigen Cours im Angebot behaupteten. Namhaftere Umsätze haben wir allenfalls von diesen beiden Actien und sonst noch etwa von Amerikanischer Anleihe und von Russ. Prämien-Anleihen zu berichten. Von diesen Papieren abgesehen, und selbst in ihnen, war das Geschäft heute wesentlich beschränkter. Dasselbe war mit den gestern so belebten fremden Eisenbahnactien der Fall, von welchen Nordbahn heute matter, Mecklenburger höher waren. Oesterr. Effecten fest, nur Creditloose begehrt. Unverminderte Festigkeit erhielt sich in den preuß. Fonds; für Staatsschuldscheine, gestern mit 84 kaum zu lassen, war auch heute kaum Begehr zu diesem Course, für 4½proz. Anleihen jedoch Frage, und 98, ¼ mehr, zu machen, auch 4proz. Anleihen bedangen ¼ über den gestrigen Cours (90). Für Preuß. Bank-Antheile waren bei wesentlich besserem Course heute ansehnliche Kaufordres am Markte. Disconto 4—3¾ pCt. (B.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 21. August 1866.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	
Freiw. Staats-Anl.	4½	9[illegible]½ G.
Staats-Anl. von 1859	5	103 bz.
dito 1850. 52	4	91 bz.
dito 1853	4	90 bz.
dito 1854	4½	98 b.
dito 1855	4½	98 bz.
dito 1856	4½	98 bz.
dito 1857	4½	98 bz.
dito 1858	4½	98 bz.
dito 1864	4½	98 bz
Staats-Schuldscheine	3½	84 B
Präm.-Anl. von 1855	3½	122¾ G.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102½ bz.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	81¼ bz.
Pfandbriefe: Pommersche	3½	81⅞ bz.
Pfandbriefe: Posensche	4	— — —
Pfandbriefe: dito	3½	— — —
Pfandbriefe: dito neue	4	89¾ bz.
Pfandbriefe: Schlesische	3½	88½ G.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	91½ bz.
Rentenbriefe: Pommersche	4	91¾ B.
Rentenbriefe: Posensche	4	90 bz.
Rentenbriefe: Preussische	4	91¾ bz.
Rentenbriefe: Westph. u. Rhein.	4	95 bz.
Rentenbriefe: Sächsische	4	92¼ B.
Rentenbriefe: Schlesische	4	92½ B.
Louisd'or 110⅞ bz.		Oest.Bk. 89¼ bz.
Goldkr 9. 8½ G.		Poln.Bkn. 74¼ bz.

Ausländische Fonds.

	Zf.	
Oesterr. Metalliques	5	46 G.
dito Nat.-Anl.	5	50⅜ bz.
dito Lot.-A.v.60	5	59 bz.
dito dito 64	—	35¼ bz.
dito 54 er Pr.-A.	4	54½ G.
dito Eisenb.-L.	—	61¼ bz.
Ital. neue 5proc. Anl.	5	53⅛ bz
Russ. Engl. Anl. 1862	5	87¼ bz.
dito Holl. Anl. 1864	5	90 G.
dito Poln-Sch.-Obl.	4	63¾ b.
Poln.Pfandbr.III.Em.	4	61 bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	86½ bz.
dito à 300	5	89 B.
Kurhess. 40Thlr. Obl.	—	55 bz.
Baden. 35 Fl. Loose	—	31½ G.
Amerikan. St.-Anl.	6	74¼, 74, 74⅛ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	
Berg.-Märkische	4½	— — —
dito II.	4½	95½ B.
dito IV.	4½	95 bz.
dito III.v.St.3½g.	3½	77¾ b.
Cöln-Minden	4½	99½ G
dito II.	5	102½ B.
dito	4	90 G.
dito III.	4	86 G.
dito	4½	95¼ bz.
dito IV.	4	85½ bz.
dito V.	4	83⅛ bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	82½ G
dito III. Em.	4½	— — —
Gal. Ludwigsb.	5	76 B.
Niederschl.-Märk.	4	90¼ bz.
dito conv.	4	90¼ bz.
dito III.	4	89½ bz.
dito IV.	4½	96½ G.
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	99 bz.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	— — —
dito C.	4	89¾ G.
dito D.	4	8?¾ G
dito E.	3½	80 G.
dito F.	4½	95 bz.
Oest.-Franz.	3	242½ B.
Oest. südl. St.-B.	3	219 bz. u. B.
Rhein v. St. gar.	4½	98 G.
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	95½ bz.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1864	1865	Zf.	
Aachen-Mastrich	—	—	4	34 etw. bz. u. B.
Amsterd.-Rottd.	6 19/20	—	4	108 bz.
Berg.-Märkische	7½	9	4	153¾ à ¼ bz.
Berlin-Anhalt	11⅚	13	4	214 bz.
Berlin-Görlitz	—	—	4	76 bz.
dito St.-Prior.	—	—	5	100½ bz.
Berlin-Hamburg	10	9½	4	157½ G.
Berl.-Potsd.-Mgd	16	16	4	207 bz
Berlin-Stettin	7⅚	—	4	129½ bz.
Böhm.-Westb.	5	—	5	58 bz.
Breslau-Freib.	8⅔	9	4	137½ bz
Cöln-Minden	15⅝	—	3½	153½ B.
Cosel-Oderberg	¾	2¼	4	52½ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4½	— — —
dito dito	—	—	5	— — —
Galiz. Ludwigsb.	9	—	5	75¾ bz.
Ludwigsh. Bexb.	9⅕	10	4	147 B.
Magd.-Halberst.	25	15	4	201 bz.
Magdb.-Leipzig	18¾	—	4	267½ bz
Mainz-Ludwigsh	7½	—	4	130 bz.
Mecklenburger	3½	3	4	71½ bz.
Neisse-Brieger	4⅘	5 [illegible]	4	99¾ B.
Niedrschl.Märk.	4	4	4	91 bz.
Niedrschl. Zwgb.	4 1/12	3¾	4	70 B.
Nord.-Fr.-Wilh.	3 11/15	—	4	71½ à 70¾ bz.
Oberschles. A.	10	11⅔	3½	169 bz.
dito B.	10	11⅔	3½	148¼ G.
dito C.	10	11⅔	3½	169 bz.
Oestr.-Fr. St.-B.	5	—	5	94 bz.
Oest. südl. St.-B.	8	7⅓	5	103½ à ¼ bz
Oppeln-Tarnow	3¼	3¼	5	76 B.
Rheinische	6¼	—	4	119⅞ à ½ bz.
dito Stamm-Pr.	6¼	—	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	—	4	29⅞ bz
Stargard-Posen	3½	—	3½	94 B.
Thüringer	8	8⅓	4	133½ bz. u. B.
Warschau-Wien	7 11/12	—	5	60 bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

	1864	1865	Zf.	
Berl. Kassen-V.	7 1/10	8¼	4	143 G.
Braunschw. B.	—	—	4	83 b. u G.
Bremer Bank	7 3/10	6½	4	115 G.
Danziger Bank	7⅛	7 3/10	4	106 G.
Darmst. Zettelb.	8	7½	4	97½ G.
Geraer Bank	8	7⅝	4	105 etw. bz.
Gothaer „	7	7½	4	98¾ B.
Hannoversche B.	5⅔	4	4	85½ B
Hamb. Nordd. B.	7⅝	9	4	115¼ G.
„ Vereins-B.	7 21/32	8 19/32	4	108 G.
Königsberger B.	6¾	6½	4	105 G.
Luxemburger B.	4	6	4	82¾ G.
Magdeburger B.	5 9/10	5½	4	95½ B.
Posener Bank	7	6⅓	4	100 B.
Preuss. Bank.-A.	10 19/20	10 11/15	4½	160½ Pst.bz u. G.
Thüringer Bank	4	4	4	65 etw. bz.
Weimar „	7	6½	4	97¾ B.
Berl. Hand.-Ges.	8	8	4	108 B.
Coburg Credb.A.	8	8¼	4	93½ Klgkt. bz.
Darmstädter „	6	6½	4	82½ bz. u G.
Dessauer „	—	—	—	2¼ G.
Disc.-Com.-Ant.	6½	—	4	99⅜ bz.
Genfer Credb.-A.	—	½	4	31¼ mehr bz.
Leipziger „	4	—	4	80¼ G.
Meininger „	7¼	—	4	85 bz.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	22½ bz.
Oesterr.Credb.A.	5	—	5	56¼ bz. u B.
Schl. Bank-Ver.	6½	7⅓	4	110½ bz.
Minerva	—	1	5	34¾ etw. bz.
Fbr.v.Eisenbdf.	8½	5½	5	97 etw. bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10T.	144¼ bz.	Augsburg 100 Fl.	2 M.	56 28. bz.
dito dito	2 M.	143 bz.	Leipzig 100 Thlr.	8 T.	99⅝ G.
Hamburg 300 Mk.	8 T.	151⅞ bz.	dito dito	2 M.	99⅛ G.
dito dito	2 M.	151 bz.	Frankfurt a. M. 100 Fl.	2 M.	57 Rt. bz.
London 1 Lst.	3 M.	6 24⅝ bz.	Petersburg 100 S.-R.	3 W	81⅞ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	80¾ bz.	dito dito	3 M.	81 bz.
Wien 150 Fl	8 T.	79¾ bz.	Warschau 90 S.-R.	8 T.	73⅞ bz.
dito	2 M.	79 bz.	Bremen 100 Thlr. Gold	8 T.	110¾ bz.

Berlin, 21 Aug. Weizen loco 50—76 Thlr. nach Qualität, bunter poln. 64—66 Thlr., feine dito 71—73 Thlr. bez., Lieferung pro Aug.-Sept. 66½ Thlr., Sept.-Oktbr. 64½ Thlr. bez., Okt.-Nov. 64¾ Thlr. Br., ⅝ Thlr. Gld., Frühjahr 65 Thlr. Br. — Roggen loco 80—82pfd. 47—48½ Thlr. ab Bahn bez., pro Aug. 46¾—½—⅝ Thlr. bez. und Gd., ¾ Thlr. Br., Aug.-Sept. 46⅜—46—¼ Thlr. bez., Sept.-Okt. 45¾—⅛—⅞ Thlr. bez., 46 Thlr. Br., 45¾ Thlr. Gld., Okt.-Nov. 45⅝—⅞—½ Thlr. bez., Nov.-Dez. 45—¼ Thlr. bez., Frühjahr 45—44⅝—⅞ Thlr. bez., 45 Thlr. Br., 44¾ Thlr. Gld. — Gerste große und kleine 38—44 Thlr. pro 1750 Pfd. — Hafer loco 25—28 Thlr., Aug. 24¾ Thlr. nominell, Aug.-Sept. 24½—⅝ Thlr. bez., Septbr.-Okt. 24¼—⅛ Thlr. bez., Okt.-Nov. 24⅛—24 Thlr. bez., Nov.-Dez. 24 Thlr. bez., Frühjahr 24¾ Thlr. bez. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 50—64 Thlr.

---

* **Breslau**, 22. August. Wind: Ost. Wetter: angenehm. Thermometer Früh 12 Grad Wärme. Am heutigen Markte zeigten sich Käufer sehr zurückhaltend und blieb der Umsatz beschränkt.

Weizen schwach beachtet, pr. 85 Pfd. schlesischer weißer 68—86 Sgr., gelber alter 68—82 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt, gelber neuer 70—76 Sgr., ausgewachsener und blauer 60—65 Sgr. — Roggen billiger erlassen, pr. 84 Pfund neuer 50—54 Sgr., alter 53—56 Sgr., feinste Sorte über Notiz bez. — Gerste wenig beachtet, pr. 74 Pfd. weiße 45—46 Sgr., helle 44 Sgr., gelbe 40—42 Sgr., ausgewachsene 36 bis 38 Sgr. — Hafer matter, pr. 50 Pfd. 25—27—29 Sgr., feinster 30 Sgr. bez. — Koch-Erbsen ruhiger. — Wicken ohne Handel. — Oelsaaten preishaltend. — Lupinen ohne Handel. — Schlesische Bohnen wenig beachtet, pr. 90 Pfd. 115—125 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Schlaglein ohne Handel. — Rapskuchen behauptet, 42—44 Sgr. pr. Ctnr.

	Sgr.pr.Schff.		Sgr.pr.Schff.
Weißer Weizen	68—80—88	Erbsen	50—56—65
Gelber Weizen	67—75—82	Wicken	48—50—54
Ausgewachsener dito	62—64—68		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	50—52—55	Winter-Raps	186—200—208
Gerste	40—43—46	Winter-Rübsen	165—175—188
Hafer	25—28—30	Sommer-Rübsen	— — — —

Kleesaat schwacher Umsatz, rothe 13—14⅔ Thlr. pr. Ctr.
Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 20—28 Sgr., Metze 1—1½ Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.